

Transformation der Wärmeversorgung

Umbau sozial gestalten!

Für Die Linke ist der Weg klar. Auch in Berlin muss die Wärmeversorgung weg von fossilen Energien und der Abhängigkeit von Weltmärkten umgestellt werden auf Erneuerbare Energien. Dabei muss jedoch unbedingt gewährleistet werden, dass dieser notwendige Umbau nicht auf Kosten derjenigen geht, die sowieso schon zu wenig haben und dass niemand alleine gelassen wird bei der Umsetzung dieser gesellschaftlichen Langfristaufgabe. Durch das neue, unzureichend sozial gestaltete Gebäudeenergiegesetz entstehen neue zeitliche und soziale Herausforderungen in der Wärmewende auch hinsichtlich der Wärmeplanung und des Ausbaus von Fern- und Nahwärmenetzen. Die Berlinerinnen und Berliner brauchen Planbarkeit, Verlässlichkeit und eine soziale Umsetzung. Wer soziale Fragen nicht mitdenkt und die Kosten der Wärmewende gleichermaßen auf die Verbraucher:innen abwälzt, sei es über Gebühren, Preise oder unzureichend unterstützte Einzelhausanforderungen, untergräbt die Akzeptanz und Unterstützung der Ziele und bietet den Schmierstoff für Parteien, die die Bekämpfung des Klimawandels insgesamt negieren.

Für die Entwicklung der Wärmeplanung in Berlin stellt die Fraktion Die Linke daher folgende Thesen in der Stadt zur Diskussion:

- 1. Fern- und Nahwärmenetze sind in Gebieten mit verdichteten Mehrgeschosswohnungsbauten die effizienteste und am besten sozial gestaltbare Lösung für die Wärmewende und sind stärker auszubauen als bislang geplant.**
Fern- und Nahwärmenetze sind für verdichtete Mehrgeschosswohnungsbauten ideal, da sie eine effiziente Wärmeversorgung ermöglichen. Durch zentrale Wärmeherzeugung wird Energieverlust minimiert. Zudem ermöglichen sie die Integration erneuerbarer Energien, was die CO₂-Emissionen reduziert. Sozial gesehen profitieren Mieter von stabilen und planbaren Heizkosten. Der Ausbau ist daher essentiell, um die Wärmewende voranzutreiben und sozial gerechte Lösungen zu gewährleisten.
- 2. Damit die Kosten der Generationenaufgabe des Aus- und Umbaus der Fernwärme die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht überfordern und um die Wärmepreise zu dämpfen, müssen Investitionen durch Land und Bund unterstützt werden. Soziale Wärmepreise sind am besten mit Wärmenetzen im öffentlichen Eigentum sicherzustellen.**



Der Aus- und Umbau der Fernwärme mit erneuerbaren Energien erfordert beträchtliche Investitionen seitens der Netzbetreiber und Wärmelieferanten. Um diese nachhaltige Entwicklung zu fördern, ist staatliche Unterstützung notwendig. Diese Investitionen dürfen nicht auf die Verbraucherpreise umgelegt werden, um sozial gerechte Energiekosten zu gewährleisten. Die Förderung durch Land und Bund ist entscheidend, um die Energiewende voranzutreiben und den sozialen Übergang zu nachhaltigen Wärmequellen zu erleichtern.

3. Private Profitinteressen und Blockademöglichkeiten haben bei Monopolen und in der Daseinsvorsorge nichts verloren (Gewinnverbot).

In Bereichen der Daseinsvorsorge, wie Energieversorgung, sollten Profitinteressen privater Unternehmen nicht Vorrang haben. Monopole können zu Preismissbrauch und mangelnder Innovation führen. Ein Gewinnverbot sichert faire Preise und Investitionen in die Infrastruktur. Blockademöglichkeiten könnten den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen einschränken. Daher ist es entscheidend, Monopole in der Daseinsvorsorge zu regulieren und die Gemeinwohlinteressen zu schützen.

4. Für den Erfolg und die Akzeptanz des Umbaus der Wärmeversorgung sowie soziale Wärmepreise brauchen wir eine enge Regulierung, Transparenz und Preiskontrolle der Fern- und Nahwärme.

Eine enge Regulierung, Transparenz und Preiskontrolle sind entscheidend für den Erfolg und die Akzeptanz des Wärmeversorgungsumbaus sowie sozial gerechter Wärmepreise. Regulierung gewährleistet faire Bedingungen für Verbraucher und Anbieter. Transparenz schafft Vertrauen und ermöglicht eine informierte Entscheidungsfindung. Preiskontrolle verhindert überhöhte Gebühren und stellt sicher, dass die Wärmeversorgung für alle bezahlbar bleibt. Diese Maßnahmen sind unerlässlich, um einen gerechten und effizienten Übergang zu einer nachhaltigen Wärmeversorgung zu gewährleisten. Der Senat muss endlich den von der Linken in das Berliner Energiewendegesetz eingebrachten Auftrag zur regelmäßigen Überprüfung der Fernwärmepreise umsetzen!

5. Nur unter der Voraussetzung einer solchen Regulierung, die Monopolpreise verhindert, sind Gebiete mit Anschluss- und Benutzungszwang sozial, sofern sie wirtschaftlich sinnvoll und sozial geboten sind.

Unter einer strikten Regulierung sind Gebiete mit Anschluss- und Benutzungszwang je nach lokaler Gegebenheit wirtschaftlich sinnvoll und sozial geboten. Dieser Zwang kann eine ausreichende Nutzung des Wärmenetzes, was Skaleneffekte ermöglicht und die Gesamtkosten senkt, ermöglichen. Sozial betrachtet garantiert dies eine gleichmäßige Verteilung der Wärmeversorgungs-kosten und schützt Haushalte vor

exorbitanten Preiserhöhungen.

6. In Ein- und Zweifamilienhausgebieten muss das Land die Entwicklung von Nahwärmelösungen ohne Gewinnorientierung im Rahmen von Quartiersansätzen personell und bei Infrastrukturinvestitionen unterstützen.

Jenseits der zentralen verdichteten Fernwärmegebiete, auch in Ein- und Zweifamilienhausgebieten ist die Entwicklung von Nahwärmelösungen im Rahmen von Quartiersansätzen, beispielsweise über ein landeseigenes Unternehmen oder Verbrauchergenossenschaften, essenziell. Das Land sollte mit landeseigenen Unternehmen solche Lösungen vorantreiben sowie Vor-Ort-Initiativen personell und finanziell unterstützen, um den Wärmeversorgungsumbau voranzutreiben. Genossenschaften ermöglichen gemeinschaftliches Handeln und faire Preise ohne Gewinnorientierung. Infrastrukturinvestitionen seitens des Landes stärken die Umsetzbarkeit und die soziale Akzeptanz dieser nachhaltigen Wärmeversorgungs-lösungen.

7. Die Nutzung von Biomasse und Wasserstoff muss so weit wie möglich reduziert und vor allem in der Spitzenlast eingesetzt werden.

Die Nutzung von Biomasse und Wasserstoff sollte aufgrund ihrer begrenzten Verfügbarkeit und Umweltauswirkungen so weit wie möglich reduziert werden. Sie werden vor allem in der Spitzenlast eingesetzt werden, um die Flexibilität des Energiesystems zu erhöhen und schwankende erneuerbare Energien sowie Spitzenverbräuche auszugleichen. Dadurch kann der Übergang zu einer nachhaltigeren Energieversorgung beschleunigt und die CO₂-Emissionen deutlich gesenkt werden.

8. Die Transformation der Wärmeversorgung in Berlin ist eine Generationenaufgabe, die auch langfristig finanziert werden muss. Die Schuldenbremse verhindert diese öffentlich notwendigen Investitionen und muss daher weg!

Die Transformation der Wärmeversorgung in Berlin ist eine Generationenaufgabe, die langfristige Finanzierung erfordert. Die Schuldenbremse hindert jedoch notwendige öffentliche Investitionen, die für den Wandel unerlässlich sind. In der jetzigen Form verhindert sie die Transformation des Energiesystems. Daher ist eine grundlegende Reform oder Abschaffung erforderlich, um die langfristige Finanzierung sicherzustellen und den Übergang zu einer nachhaltigen Wärmeversorgung zu ermöglichen.